

CONV 349/02

WG VIII 10

## **ZUSAMMENFASSUNG**

---

des	Sekretariats
für	die Gruppe VIII "Verteidigung"
<u>Betr.:</u>	<b>Zusammenfassung der Sitzung vom 14. Oktober 2002</b>

---

### **Beratungsergebnisse**

1. Anhörung von General Cabigiosu (ehemaliger Oberbefehlshaber der KFOR), General Hägglund (Vorsitzender des Militärausschusses der EU), Herrn Leroy (Sonderbeauftragter der EU in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien)

Die Gruppe nahm die Ausführungen der vorgenannten Gäste zur Frage der Krisenbewältigung zur Kenntnis.

General Cabigiosu hob hervor, dass es eine Reihe von Elementen gebe, die entscheidend dafür seien, dass in multinationalen Streitkräften eine wirksame militärische Befehlskette gewährleistet werden könne. Hierzu gehörten die Verfahren für die Ernennung des Oberbefehlshabers, die militärische Disziplin (einschließlich Anweisungen, wie angesichts der unterschiedlichen Rechtsformen zu verfahren ist), gemeinsame Ausbildungsgänge (aus seiner Sicht sollte über die Errichtung einer gemeinsamen europäischen Militärakademie nachgedacht werden) sowie eine Angleichung in Bereichen wie Gehalt, Versicherung und Sozialvorschriften. Der Erfolg eines multinationalen Einsatzes hänge davon ab, dass sich die Streitkräfte vor Ort gut ergänzen. Es bedürfe gemeinsamer Fähigkeiten in den Bereichen Logistik, strategischer Transport und Aufklärung (auch wenn es sich dabei um eine heikle Frage handele).

General Hägglund wies zunächst darauf hin, dass er in eigener Sache spreche; er erläuterte vor der Gruppe die derzeitigen Strukturen und Verfahren im Bereich der Krisenbewältigung. In der Praxis werde jeder Einsatz zwar von allen Mitgliedstaaten beschlossen, doch möglicherweise nur von einigen durchgeführt (d.h. einer "Koalition der Handlungswilligen"). Bei den derzeitigen Verfahren gebe es eine Reihe von Ausschüssen, was die Beschlussfassung nicht unbedingt beschleunige, auch wenn die Bestimmung im Vertrag von Nizza, nach der die Entscheidungsbefugnis auf das PSK übertragen werden kann, in dieser Hinsicht hilfreich sei. Aufgabe des Militärstabs sei es, über strategische militärische Optionen zu beraten; sein Mandat erstreckte sich derzeit nicht auf die operative Planung und die Durchführung der Einsätze. Der Konvent könne vielleicht prüfen, ob das Mandat des Militärstabs nicht entsprechend ausgeweitet werden sollte. Er könne sich zudem mit den folgenden

Fragen befassen: Wie lässt sich die Zuständigkeit für die Krisenbewältigung bündeln, evtl. in der Person des Hohen Vertreters? Wäre es zuträglich für die Krisenbewältigung, wenn der Hohe Vertreter den Vorsitz im Rat "Allgemeine Angelegenheiten" führte? Wie kann (unter Nutzung der Erfahrungen der Vereinten Nationen) eine Verbindung zwischen dem Militärkommando und dem Sonderbeauftragten der EU vor Ort hergestellt werden? Sollte die Fähigkeit der EU, Militäreinsätze innerhalb der EU (d.h. im Bereich des Zivilschutzes) durchzuführen, ausgebaut werden?

Herr Leroy erläuterte die derzeitige Lage in Bezug auf die EU-Sonderbeauftragten. Ausgehend von seinen eigenen Erfahrungen nannte er eine Reihe positiver Faktoren, die dazu beigetragen hätten, dass die Krisenbewältigung in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien weit gehend erfolgreich verlaufen sei. Zum einen sei die Ernennung von Sonderbeauftragten durch den Rat wichtig für die politische Legitimierung. Zweitens hätten die Arbeitsbeziehungen zwischen den Sonderbeauftragten und dem Hohen Vertreter gut funktioniert (so dass der Hohe Vertreter in der Lage war, erforderlichenfalls schnell und wirksam einzugreifen). Drittens sei der Erfolg vor Ort auf mehr Einfluss als auf offenen politischen Druck zurückzuführen. Viertens sei die Zusammenarbeit zwischen der EU und den Vereinigten Staaten hervorragend gewesen, und es seien gute Beziehungen zur OSZE, zur NATO und zu Russland aufgebaut worden. Verbesserungen seien insbesondere in Bezug auf die Finanzen (die Mittel waren unzureichend) und die Logistik (beispielsweise gab es keinen gesicherten Kommunikationsweg nach Brüssel) erforderlich. Die Beziehungen der verschiedenen Organe untereinander funktionierten relativ gut, auch wenn es kaum Kontakte mit dem EP gab.

## 2. Gedankenaustausch über die Krisenbewältigung

Der Vorsitzende bat die Mitglieder der Gruppe, sich zu den Fragen, die von den Sachverständigen angesprochen worden waren, zu äußern und sich dabei vor allem auf die Punkte zu konzentrieren, die auf der Tagesordnung stehen.

Die Gruppe war sich weit gehend darin einig, dass im Bereich der Krisenbewältigung eine zügige Beschlussfassung sicher gestellt werden müsse und dass es derzeit zu viele Verfahren gebe. Die Weise, in der die verschiedenen Ausschüsse zu dem Prozess beitragen, müsse vereinfacht werden, auch wenn sich die bestehenden Strukturen, in denen sich die geltende Aufteilung in Säulen widerspiegeln, kaum ändern ließen. Mehrere Mitglieder der Gruppe schlugen vor, die Krisenbewältigung dadurch effizienter zu gestalten, dass dem Hohen Vertreter mehr direkte Befugnisse übertragen werden. Ferner wurde vorgeschlagen, die Stelle eines Stellvertretenden Hohen Vertreters zu schaffen, der für Verteidigung zuständig wäre, doch warnten einige Mitglieder vor der Einrichtung neuer Posten. Die Gruppe befürwortete im Großen und Ganzen die Aufgaben der Sonderbeauftragten, doch sollten sie aus Sicht einiger Mitglieder über mehr Unabhängigkeit vor Ort verfügen. Beifall fand auch die Forderung, dass für die Krisenbewältigung, einschließlich der Sonderbeauftragten, angemessene Finanzmittel bereit gestellt werden müssten. Erörtert werden müsse auch die Frage der politischen Verantwortlichkeit der Sonderbeauftragten sowie die allgemeinere Frage der Verantwortlichkeit bei Krisenbewältigungseinsätzen. Die Gruppe nahm Kenntnis von der Empfehlung, das Mandat des Militärstabs auf die Planung und Durchführung spezifischer Einsätze auszudehnen. Sie befürwortete den Vorschlag, die Zusammenarbeit auf weitere Bereiche, wie Ausbildung und Angleichung der Rechtsvorschriften, auszuweiten.

Als Antwort auf die Bemerkungen der Gruppe gaben die Gäste Folgendes zu bedenken: Es gebe Argumente für die Einrichtung einer einzigen Kontaktstelle vor Ort, die für sämtliche EU-Maßnahmen zuständig wäre und somit die Kohärenz gewährleisten würde. Der Aufgabenbereich des Hohen Vertreters könne auf den Vorsitz im Rat "Allgemeine Angelegenheiten" ausgedehnt werden (was insbesondere im Krisenfall hilfreich wäre), auch wenn das PSK seine Zuständigkeit für die strategische Ausrichtung der Krisenbewältigungseinsätze behalten würde.

Abschließend stellte der Vorsitzende Folgendes fest:

- Nach übereinstimmender Auffassung der Mitglieder bedarf es schneller und rationellerer Verfahren für die Krisenbewältigung, wobei es allerdings keine Abstriche in Bezug auf die politische Verantwortlichkeit geben darf.
- Die Gruppe hat zur Kenntnis genommen, dass der Militärstab auf Grund seines derzeitigen Mandats nicht befugt ist, Einsätze zu planen oder durchzuführen, dass die Planung und Durchführung in Bezug auf die zivilen Aspekte der Einsätze jedoch im Rahmen der EU-Strukturen erfolgt.
- Die Mitglieder der Gruppe sind sich einig, dass die Zusammenarbeit bei der Ausbildung intensiviert werden muss. Auf gewisses Interesse stieß in diesem Zusammenhang der Vorschlag, eine gemeinsame Militärakademie zu errichten.
- Der Vorschlag, die Rolle des Hohen Vertreters aufzuwerten und ihm beispielsweise das Initiativrecht im Bereich der Krisenbewältigung zu übertragen, ohne die zentrale Rolle des PSK bei der politischen Kontrolle und der strategischen Ausrichtung der Krisenbewältigungseinsätze in Frage zu stellen, stößt weitgehend auf Zustimmung. Ferner wurde angeregt, den Posten eines Stellvertretenden Hohen Vertreters zu schaffen, der für die Verteidigung zuständig wäre.
- Es muss noch näher geprüft werden, über welchen Status, welche Rolle und welche Ressourcen die Sonderbeauftragten verfügen sollen. Diese Frage sowie die Frage nach der Rolle des Hohen Vertreters sollten am besten in der gemeinsamen Sitzung der Gruppe "Außenpolitisches Handeln" und der Gruppe "Verteidigung" erörtert werden.

Hauptthema der nächsten Sitzung, die am 29. Oktober stattfindet, ist der Geltungsbereich der ESVP. Ein entsprechendes Dokument wird den Delegationen vor der Sitzung übermittelt.

---